

Metallarbeiter-Zeitung

Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Bezugspreis: Monatlich 30 Pfennig, Einzelnummer 15 Pfennig
Bankkonto: Dank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, A.-G.
Berlin S. 14 — Postfachkonto Stuttgart Nr. 6803

Verantwortlicher Schriftleiter: Fritz Kummer
Schriftleitung und Verlagsstelle: Stuttgart, Rüststraße 16
Fernsprecher Nr. 8800

Erscheint wöchentlich am Samstag
Anzeigen aller Art werden bis auf weiteres nicht mehr angenommen
Eingetragen in die Reichspostzeitungsliste

Gewerkschaftliche Werbewoche vom 13. bis 19. September

Als einst in Kopenhagen der Arbeit Weltbund erstand,
Reichten sich sieben Länder weltbrüderlich Herz und Hand.
Sieben Völker der Arbeit hatte die Eintracht geeint
Gegen die Macht des Goldes, der Arbeit grimmigsten Feind.
Sieben Völker der Arbeit riefen am wogenden Sund:
Gewerkschaften aller Länder, eint euch zu einem Bund!

Wie eine brausende Woge pflanzte der Ruf sich fort,
Bald ward der Bund der Verbände den Verbänden eherner Hort.
Er wuchs wie eine Eiche im trächtigen Ackerland
Und hat mit seinen Ästen die Welt der Arbeit umspannt.
Rote, schwellende Früchte säftet sein knorriger Stamm,
Sede Frucht ein Verband — Marke: S.W. Amsterdam.

Er wuchs in die Tiefe, schlug Wurzeln ins Werttum der Welt,
Er wuchs in die Weite, die Welt ward sein Tätigkeitsfeld.
Er hat die Kräfte gesammelt und in ein Zentrum gestaut,
Hat Brücken über die Meere, über die Grenzen gebaut,
Hat Völker in friedlichem Schaffen einander näher gebracht
Und hat des Brudersinns Flamme zu weltgroßer Lohe entfacht.

Dreizehn Millionen Kämpfer zählt sein geeinigter Trutz
Und alle Völker der Arbeit schützt sein geeinigter Schutz.
Als erste Großmacht der Erde, unüberwindlich und groß,
Führt er die Sklaven der Arbeit zu besserem, schönerem Los.
Die Bienen der Knechtschaft stürzen bei seinem wuchtigen Tritt
Und wir — wir alle marschieren rund um die Erde mit.

Die Leistungen der Gewerkschaften

Die Aufgabe der Gewerkschaften umfasst unendlich viel. Sie bezieht sich nicht nur auf eine Verbesserung des Lohn- und Einkommens der Arbeiterschaft, sondern auch auf die Vermehrung der Freizeit und damit auch der kulturellen Hebung der Arbeiterschaft. Die Gewerkschaften erstreben materielle Erfolge in dem Bemühen, daß jede materielle Verbesserung sich umsetzt in eine Verbesserung der kulturellen Lage und eine Steigerung der sittlichen und geistigen Kräfte der Arbeiterklasse. Die Gewerkschaften umfassen also mit ihrem Willen den ganzen Menschen und sein ganzes Leben, eingeschlossen das Leben seiner Familie und die Zukunft seiner Kinder.

Die Mittel, deren sich die Gewerkschaften bedienen, und die Kräfte, die sie in Bewegung setzen, um diese Aufgabe zu erfüllen, sind zahlreich und verschiedenartig. Sie wollen helfen in allen Nöten, aber auch dem Wohle des Arbeiters und der Seinen in guten Stunden dienen.

Der Erfolg, von dem solches Bemühen der Gewerkschaften begleitet ist, ist nicht immer meßbar. Nur an der Größe der Aufwendungen, die von den Gewerkschaften zur Erfüllung ihrer einzelnen Aufgaben gemacht werden, läßt sich die Größe dieser Aufgaben, der weite Umfang und die Wirkung der Betätigung der Gewerkschaften ermessen. Angesichts des keineswegs roh-materiellen Charakters der Ziele der Gewerkschaften mag dieser Maßstab unvollkommen erscheinen, aber es ist doch für die Beurteilung der Leistungen der Gewerkschaften — auch zur Förderung ihrer jenseits des Materiellen liegenden Absichten — von unendlicher Bedeutung, wenn wir feststellen können, daß die Gewerkschaften allein im Jahre 1925 14,1 Millionen für Krankenunterstützung, 13,8 Millionen für Arbeitslosenunterstützung, 1 Million für Invalidenunterstützung, 1,7 Millionen für Unterstützung bei Sterbefällen, 1 Million für Unterstützung bei sonstigen Notfällen, 0,5 Millionen für die Unterstützung Gemäßigter, 2,8 Millionen für Bildungszwecke verschiedenster Art, 4,3 Millionen für Gewerkschaftspresse und schließlich

25,9 Millionen Mark für Unterstützungen bei Streiks und Aussperrungen

aufgewendet haben! Es bedarf keiner Erläuterung dieser Zahlen.

Ein ungeheures Maß sozialer Not spricht aus ihnen, aber auch ein gewaltiges Angebot an Kraft und Mühe, die Not zu lindern, notleidende Brüder vor dem Verfallen in Verzweiflung zu bewahren und ihre Lebenslage auf einer Ebene zu halten, von der aus ihnen ein fernerer Aufstieg in besseren Tagen möglich ist. Und von unverwundlicher Energie im aktiven Kampfe um die Erhaltung und Verbesserung der Arbeitsverhältnisse zeugen die nahezu 26 Millionen für Streiks und Aussperrungen, zu denen jedoch noch ein Aufwand von 1,5 Millionen für die Durchführung anderer Lohnbewegungen, die nicht zum offenen Kampfe führten, hinzuzuzählen ist.

Aber noch deutlicher erkennen wir die Bedeutung dieser Zahlen, wenn wir zurückblicken auf den Weg, den die Gewerkschaften gehen mußten, um diese Kraft, die solche Leistungen erlaubt, zu erwerben, wenn wir die Zahlen von 1925 vergleichen mit denen des Jahres 1900. Das 25jährige Jubiläum der Internationalen, das demnächst begangen wird und das wir zum Anlaß nehmen, um in aller Welt zu werben für den gewerkschaftlichen Gedanken und die gewerkschaftliche Organisation, legt diesen Rückblick nahe. Für das Jahr 1900 wurden folgende Ausgaben verbucht: Krankenunterstützung 650 000 M., Arbeitslosenunterstützung 500 000 M., Invalidenunterstützung 115 000 M., Umzugskosten, Unterstützung in Sterbefällen und sonstigen Notfällen: 205 000 M., für die Unterstützung Gemäßigter 97 000 M. und für Streikunterstützung 2,6 Millionen Mark.

Auch das sind schon ansehnliche Beträge. Aber unendlich weit und voller Dornen war der Weg, den die Gewerkschaften zurücklegen mußten, um zu den Leistungen von 1925 zu kommen, um die Kraft und Geltung zu erlangen, die sich in diesen Leistungen spiegelt. Unendlich ist der Nutzen, den die Kämpfer jener Zeit durch ihr unverdrossenes Beginnen für die gestiftet haben, die heute auf den damals gebauten Grundlagern stehen. Und unendlich ist der Vorteil, den von jeglichem Wicken der Gewerkschaften — in vergangenen wie in unseren Tagen — alle Angehörigen

Unsere Kraft und unsere Hoffnung

Der Internationale Gewerkschaftsbund ruft zur gewerkschaftlichen Werbewoche auf. Eigentlich sollte das gar nicht mehr nötig sein. So ziemlich jeder Arbeiter müßte längst die Bedeutung der Gewerkschaft erkannt und sich ihr angeschlossen haben. Das ist indessen nicht der Fall. Unzählige Arbeiter scheinen noch immer nicht zu wissen, wie wichtig und nützlich die Gewerkschaft für ihn und seine Familie ist.

Die Gewerkschaft ist mit dem Arbeiter, wo immer er schuft, leidet und ringt. Sie reicht hinein in seine Werkstatt und seine Familie, in die Gesehgebung und den Gerichtssaal. Ihr Einfluß ist zu fühler bei der Lohnzahlung wie bei der Arbeitsdauer. Ihren Einfluß fühlen die Arbeiterfrauen beim Einkauf und die Kinder in der Schule. Von ihrer Macht hängt es ab, wieviel Geld der Arbeiter am Jahrlage erhält und wie er wohnt und lebt, wie er gesellschaftlich geachtet und geschätzt oder beherrschend behandelt wird. Ob seine Frau und Kinder mit in die Fabrik müssen, oder ob sich die eine der Familie widmen, die andere sich ihrer Jugend freuen können. Ob der Arbeiter im Alter nicht zu hungern braucht und gegen wirtschaftliche und körperliche Unbill geziemend geschützt ist.

Von der Kraft der Gewerkschaft hängt das alles ab! Die Gewerkschaft tritt ein für auskömmlichen Lohn, für den Achtstundentag, für gesetzlichen Arbeiterschutz, für genügende Unterstützung der Erwerbslosen, Kranken und Wöchnerinnen, für bestmögliche Ausbildung der Lehrlinge und Kinder. Sie tritt ein für das Mitbestimmungsrecht im Betrieb, für gesunde Befahrung, billige Lebensmittel, soziale Gleichberechtigung, bürgerliche Freiheit und richterliche Unparteilichkeit.

Ob die Gewerkschaft hierin erfolgreich gewesen ist, vermögen die am ehesten zu beurteilen, die vor zwanzig, dreißig und mehr Jahren gelebt und gearbeitet haben, also zu jener Zeit, wo die Gewerkschaftsbewegung noch schwach war oder es in diesem oder jenem Beruf noch keine Organisation gab. Diese Arbeiter können sagen, wie es damals um die Arbeitsbedingungen, ihre Rechte und Freiheiten, um die soziale Fürsorge und um die Stellung der Arbeiter in der Öffentlichkeit bestellt war. Sie mußten damals zwölf und noch mehr Stunden täglich und oft sogar am Sonntag schuften. Ihre Frauen und Kinder desgleichen. Und das Entgelt für die schier unendliche Fron reichte nicht, des Leibes Nahrung und Notdurft zu befriedigen. Wenn der Arbeiter alt, krank oder erwerbslos war, stand er ganz allein mit seiner Drangsal. Und er konnte noch von Glück sagen, wenn er nicht als Bagabund oder Arbeitslose von der Polizei aufgegriffen, von dem Richter verurteilt und von dem Gefängniswärter behütet wurde.

Was hieran besser geworden ist, ist fast ausschließlich auf die Gewerkschaft zurückzuführen. Ihr ist es zu verdanken, daß heute der Arbeiter nicht mehr wie früher der ganz hilflose und gedrückte Prolet ist, der von dem Unternehmer als Objekt, von den Behörden als Subjekt betrachtet wurde. Die Gewerkschaft hat mehr für die

arbeitende Menschheit getan, als der Staat und alle die öffentlichen und sonstigen Einrichtungen zusammen.

Aber der Segen kam nicht von oben. Der Erfolg kam nicht von selbst. Er ist das Ergebnis eines langen, mühseligen Ringens. Er wurde errungen von den Arbeitern, die weiterblickten, die sich ihrer proletarischen Pflicht bewußt wurden, kurz die sich in der Gewerkschaft vereinigten. Diese Vereinigung gab jenen Arbeitern Mut, Stärke und schließlich auch Erfolg. Die Gewerkschaft ward ihre Kraft. Der Erfolg wäre noch größer gewesen, wenn nicht unzählige Arbeiter gleichgültig beiseite gestanden und es ihren gewerkschaftlich vereinigten Klassen- und Leidensgenossen allein überlassen hätten, das opferreiche Werk zu vollbringen.

Unzähligen Arbeitern mangelt noch das Verständnis für die ungeheure Wichtigkeit der Gewerkschaft. Oder sie halten sich für zu gut, sich mit ihresgleichen zusammenzuschließen. Oder sie meinen, die Vorteile, die die Gewerkschaft erringt, kämen ihnen auch ohne ihr Zutun zugute. Sie wollen das genießen, was andere erschafft, erkämpfen haben. Sie wollen ernten, ohne zu säen! Diese Arbeiter sind daran schuld, daß die Gewerkschaft noch nicht weitergekommen ist auf dem Wege zu einer lichteren Höhe. Das muß ihnen in der Werbewoche aufs neue eingeblaut werden. Es ist ihnen begreiflich zu machen, daß die Gewerkschaft auch für sie da ist, aber nicht nur, um ihre Erfolge einzuharfen, sondern sich ihr anzuschließen und mit-zuwirken.

Die Gewerkschaft ist von der Überzeugung befeelt, daß es nicht des Arbeiters Los sein darf, den ganzen Lebttag im Schweiße seines Angesichts zu verbringen. Sie weiß, daß es die technischen und sonstigen Möglichkeiten gestatten, dem Arbeiter mehr als ein armseliges Dasein zu gewähren. Sie verlangt, daß der gesellschaftliche Zustand so geändert wird, daß dem Arbeiter mehr Ruhe, höhere Wohlfahrt, mehr Freiheit und höchstes Lebensglück gesichert sind. Sie fordert, daß dem Arbeiter, der die Güter schafft, der Ertrag seines Schaffens ungeschmälert zuteil wird und daß er selbst sein Schicksal bestimmt.

Diese Ziele werden sich nun freilich nicht von selbst erfüllen. Die Erfüllung bedingt die Vereinigung von viel mehr, von möglichst allen Arbeitern, Vermehrung ihrer geistigen Kraft und beharrliches Ringen. Zuoberst aber zahlenmäßige Stärkung durch Gewinnung der gleichgültigen, unorganisierten Arbeiter. Diese Notwendigkeit ganz zu erfüllen, muß in der Werbewoche nachdrücklich getrachtet werden. Mit der zunehmenden Mitgliederzahl wächst weiter der Einfluß der Gewerkschaft, erhält sie bessere Möglichkeiten, ihre wirtschaftlichen Forderungen zu verwirklichen und ihr oberstes Ziel zu erreichen.

Darum ruht die Werbewoche! Gewinnt neue Mitglieder! Stärkt die Gewerkschaft! Sie ist eure Kraft und eure Hoffnung!

der Arbeiterklasse haben, auch die, welche nicht zu den Opfern gesteuert haben, die als Beiträge und durch die Teilnahme an den Kämpfen der Organisationen gebracht werden mußten, damit die Erfolge erzielt und Jahr für Jahr die angeführten Aufwendungen in steigendem Maße gemacht werden könnten. Kollegen! Benutzt die internationale gewerkschaftliche Werbewoche, um das denen einzuprägen, die uns noch fernstehen. Duldet nicht länger, daß sie ernten ohne zu säen! Nehmen ohne zu geben ist unwürdig. Organisiert euch, mit Helfen am Werk, die Vorteile, deren man teilhaftig wird, rechtchaffen erwerben — ist Ehrenpflicht.

Die Arbeitslosenunterstützung

Es sind fast 25 Jahre verflossen, seitdem der Stuttgarter Gewerkschaftskongress im Jahre 1902 die Einführung einer Arbeitslosenversicherung forderte. Diese Forderung begegnete allgemeiner Ablehnung. Die Sozialversicherung beschränkte sich auf die Kranken-, Unfall- und Invalidenversicherung. Der Arbeitnehmer gegen die Folgen der ungewollten, den Wirtschaftsverhältnissen entspringenden Arbeitslosigkeit sicheresustellen, lehnten die Machthaber in Deutschland der Vorkriegszeit ab. Die Opfer der Arbeitslosigkeit wurden äußerstenfalls auf die entehrenden „Segnungen“ der Armenfürsorge verwiesen. Der Gedanke einer geordneten Erwerbslosenfürsorge, an der alle von unfreiwilliger Arbeitslosigkeit betroffenen Arbeitnehmer teilhaben konnten,

war der damaligen Regierung und den von den Unternehmern beeinflussten bürgerlichen Parteien unerträglich. Arbeitslosenschutz galt als Anerkennung des „Rechtes auf Faulheit“. Daß der kranke Arbeitnehmer durch die Krankenversicherung einen zweckmäßigen Weg zur Heilung fand, mochte hingehen. Ja, dieser lag sogar im Interesse von Staat und Unternehmer. Der Kranke sollte möglichst bald wieder an die Werkbank zurückkehren. Anders war die Not der Erwerbslosen zu bewerten. Für seine Arbeitskraft gab es im Augenblick keine Verwendung, seine Not hätte daher den Produktionsprozess nicht. Sie war im Gegenteil ein willkommenes Bundesgenosse gegen die aufstrebenden Gewerkschaften. Die große „Reizbearme“ sollte sich ja an den Fabrikanten um Arbeit drängen. Wenn die Not trieb, Arbeit „um jeden Preis“ zu suchen, so erwuchs die Möglichkeit, den von den Gewerkschaften erkämpften Lohn zu senken. Die Reizbearme und ihr Klassenelend sollte ein Bollwerk gegen die Arbeiterforderungen sein. Darum grundsätzliche Ablehnung der allgemeinen Arbeitslosenunterstützung.

Gegen diese Anschauungen konnten sich die wenigen bürgerlichen Sozialpolitiker nicht durchsetzen. So wurden die Gewerkschaften in dieser Zeit zu den alleinigen Trägern einer Arbeitslosenunterstützung. Sie übernahmen, was Staat und Gesellschaft verweigerte und bewies, dadurch, daß eine Versicherung sehr wohl durchführbar war und daß alle vorgeschobenen technischen Bedenken nur Klauen waren, hinter denen sich der Unwille zu helfen versteckte. Bereits im Jahre 1900 betrug der Etat der Arbeitslosenunterstützung in unsern freien Gewerkschaften rund eine Million Mark. Er war im Jahre 1913 bereits auf über 15 Millionen Mark, im Jahre 1914 auf fast 25 Millionen!

Euer Verband ist mit euch, wo immer Er tritt ein für Verkürzung der Arbeitszeit und Erhöhung des Lohnes.

Marx gestiegen. Der Arbeiter mußte sich seine Hilfe gegen die Folgen der Arbeitslosigkeit allein und aus eigenen Mitteln suchen.

Erst in den letzten Jahren vor dem Kriege finden sich einige wenige Gemeinden, die aus öffentlichen Mitteln den Gewerkschaften geringe Zuschüsse zu ihren Unterhaltungskosten gewährten. Im Jahre 1914 waren es noch nicht zwei Duzend Gemeinden und obenstimmte zum Teil ganz kleine. Die breite Öffentlichkeit rührte sich nicht. Für die Erwerbslosen mochten die Gewerkschaften sorgen, nur wenn die Not zu unerträglich wurde, griff die Armenpflege ein. Noch wenige Wochen vor Ausbruch des Krieges erhob der Münchener Gewerkschaftsverband erneut die Forderung nach durchgreifender Hilfe für die Erwerbslosen.

Nur ganz langsam gewann die Forderung der Gewerkschaften nach einem allgemeinen und alle erfassenden Arbeitslosenbeschäftigungswesen. Erst nach dem Kriege setzte sich mit der zunehmenden Stärke der Gewerkschaften endlich die alle Gewerkschaftsorganisation umfassen durch. Wohl ist das Maß der Arbeitslosenunterstützung hart umfritten und die Gewerkschaften müssen in Deutschland wie im Ausland immer und immer in der drängen zum weiteren Ausbau der Unterstützung.

Die Arbeitgeber sind auch heute noch Gegner des Arbeitslosenbeschäftigungswesens, wenn sie sich auch als Klugheit hüten, dieses allzu offen auszusprechen. Gerade heute, wo sie immer wieder versuchen, durch Verschlechterung der Arbeitsbedingungen, also Verlängerung der Arbeitszeit und Druck auf die Löhne die Wirtschaftskrisis für ihre Unternehmen möglichst schmerzlos zu überwinden, ist ihnen eine Arbeitslosenunterstützung im Wege. Sie würden es begrüßen, wenn ihre durch die Arbeitsmarktkrise gesteigerte Macht vergrößert würde durch die große Not der Erwerbslosen. Wenn wieder wie früher die Erwerbslosenmassen, gezwungen durch das Fehlen einer Unterstützung, sich zu jedem gebotenen Lohn an den Fabrikanten anbieten würden. Es ist daher auch gar kein Wunder, daß gerade aus Arbeitsgebetreuten die ungestüme Opposition gegen den weiteren Ausbau der Arbeitslosenunterstützung kommt. Diese Kreise möchten auch verhindern, daß endlich an die Stelle der jetzigen ungenügenden deutschen Fürsorgeverwaltung eine fest umrissene Arbeitslosenversicherung tritt. Sie hoffen immer noch, den Arbeitslosenbeschäftigungswesen abzubauen zu können.

In diesen Tagen, wo unter den Unorganisierten für noch stärkeren gewerkschaftlichen Zusammenschluß gehoben werden soll, wo die absehbare Erhebungen gewonnen werden sollen, muß allen Arbeitern zum Bewußtsein kommen, daß nur die erhaltene Gewerkschaftsbewegung dem Gegner des Arbeitslosenbeschäftigungswesens abringen konnte. Was der einzelne auch immer an der augenblicklichen Regelung, deren Mängel gerade die Gewerkschaften am besten kennen und die zu beseitigen ihre wichtigste Aufgabe ist, auszuführen hat, eines ist unumstößlich: Der Erwerbslosenbeschäftigungswesen ohne das Einwirken der Gewerkschaften unmöglich.

Der diesen Erwerbslosenbeschäftigungswesen, der die Vorbedingung für die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen ist, sichern und ausbauen will, muß am weiteren Ausbau der Gewerkschaften und an der Gewinnung der Unorganisierten arbeiten.

Organisiert euch!

Am 21. August 1901, vor nunmehr 25 Jahren, wurde die gewerkschaftliche Internationale gegründet, ein Zeichen für die gewaltige Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung aller Länder. Damals hatten die italienischen Gewerkschaften in Deutschland einen Mitgliederstand von nicht ganz 700 000 aufzuweisen bei einer Gesamtbevölkerung von etwas über 56 Millionen. Jetzt, 25 Jahre später, ist ihr Mitgliederstand auf fast 4 1/2 Millionen gestiegen, während die Gesamtbevölkerung nur unbedeutend (52 1/2 Millionen) zugenommen hat. Hinzu kommen jetzt noch die mit dem ADGB vereinigten Verbände des AFA-Bundes und des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes. Ihre Mitgliederzahlen stehen hinter denen des ADGB naturgemäß zurück, beweisen aber, daß der Gewerkschaftsgeist in neue Kreise eingedrungen ist, die ihm bisher gleichgültig oder gar feindlich gegenüberstanden. Auch die übrigen Gewerkschaftsorganisationen, wenigstens an Bedeutung weit hinter den freien Gewerkschaften zurückstehend, können auf eine erfreuliche Entwicklung zurückblicken.

Dieses gewaltige Wachstum mußte den Kreisen, die bislang sich den maßgebenden Einfluß auf Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsführung gesichert hatten (Landwirtschaft, Industrie, Handel, Banken, Handwerk usw.) zeigen, daß ihnen in dem geschlossenen Block der Arbeiterklasse ein neuer Gegner entstand, der sich seiner Macht wohl bewußt ist. Als daher der Sozialismus mit seinen Politikvorstellungen und dem persönlichen Regime zusammengebrochen war, als man nunmehr davon ging, den Grund für einen Volksstaat zu errichten, wandte auch die Arbeiterklasse erfolgreich ihren Anspruch geltend, die Wirtschaftspolitik maßgebend zu beeinflussen. Nach außen hin trat diese Wandlung einträchtig hervor im nennenswerten Reichswirtschaftsrat, dessen Vorsitz nach dem Gesetz in halbjährigem Wechsel ein Arbeiter- und ein Unternehmervertreter sind. Seit dem Ende des Krieges ist der Vorsitzende des ADGB, Leipzig, als Arbeitervertreter Vorsitzender des Reichswirtschaftsrates. Auch in anderen Wirtschaftskörperschaften besitzt die Arbeiterklasse ihre gleichmäßig festgelegten Vertretungen: so in den Beiräten für die deutsche Reichsbahn, die Reichspost, die Wasserstraßenverwaltung, die Kohlen-, Kali-, Elektrizitätswirtschaft. Im Reichslandwirtschaftsrat und im Reichslandwirtschaftsrat stellt die Arbeiterklasse je einen Direktor. Ähnliches gilt für die Länder. In den

Das Sparbuch

Aus Wiedemann war Mitglied der freien Gewerkschaft gewesen. Als Verbandskollege war er ein guter Kerl und seine Beiträge bezahlte er regelmäßig auf der Arbeit. In übrigen gab er sich wenig Mühe, den Interessen des Bundes zu erlassen. Der Verband mußte ihn, diese Unpünktigkeit geduldet ihm verzeihen. Dann kam eine Änderung. Die Betriebsleitung des Verbandes wurde von der Gewerkschaft abgelöst und dadurch gingen die Beiträge durch die Hand seiner Frau. Die besaß keine Ahnung von der Bedeutung des Verbandes und Wiedemann bemühte sich auch nicht um ihre Aufklärung. Die wurde von lieben Nachbarn besorgt. So begann die Zeit, in der die Frau wegen der hohen Verbandsbeiträge dauernd ihren Mann in den Klauen lag.

Wir konnten uns sehr viel sparen — so pflegte sie zu sagen —, wenn du dein Geld nicht nur für Beiträge und immer wieder Beiträge verwenden würdest. Reiche einmal nach. Jedenfalls hast du mindestens 10 M in den Verband, wenn du da die Fünfer, und jetzt gibt es 10 M, das heißt, dann noch die Fünfer, das gute große Sparbuch. Frau Spargel macht es so, ihr Mann gibt ihr den Verbandsbeitrag und sie bringt ihn auf die Sparkasse und dazu legt sie noch ein etwas von Sparbuchgeld dazu. Die können einmal zu etwas. Jedes Wochenende des Mann Spargel gehen. Der Verband kann auch noch nicht mehr geben, das heißt doch noch, wie es bei Sparbuchgeld war. In übrigen konnte ich gar keinen Verband, da hast deine gute Arbeit und die anderen können auch sehen, wie sie den Sparbuch.

So ging es täglich. Dann der Verbandsleiter, so mußte auch der oberste verantwortliche Leiter antworten. Immerhin blieb Wiedemann mit den Beiträgen im Verband und endlich hatte ihn seine Frau so weit, daß er aus dem Verband austrat. Seine durch jahrelange Beitragszahlung erworbene Rechte wozu er schließlich weg. Der Verbandsbeitrag erhielt nun von seiner Frau. Die holte von der Sparkasse ein Sparbuch und damit waren die Grundlagen für ihr gezieltes Vermögen geschaffen.

In Betrieb trat Wiedemann ein besonderes Leben zu haben. Seine alten Kollegen gingen er aus dem Weg und machte seine Unterhaltung bei seiner, deren Kontakt das Sparbuch auf den Verband und seiner jährlichen Beiträge war. Das überdies keine immer, keine

Handelsvertragsverhandlungen mit Polen wurde ein Generalsachverständiger aus Gewerkschaftskreisen hinzugezogen und es galt als selbstverständlich, daß auf der Weltwirtschaftskonferenz Deutschland durch ein Mitglied des Reichsverbandes der deutschen Industrie vertreten wurde. Die natürliche Folge war, daß nunmehr auch die Arbeitervertreter zu allen Ministerien freien Zugang hatten und daß von Seiten der Ministerien Wert darauf gelegt wurde, die Ansichten der Gewerkschaften über alle schwebenden Fragen zu erfahren. Das bedeutet eine tiefe und oft nicht genug gewürdigte Wandlung gegenüber der verächtlichen Behandlung, der die Gewerkschaften vor dem Kriege ausgesetzt waren.

Dank dieser veränderten Stellung konnten die Gewerkschaften in erheblichem Maße zur Erleichterung der Lebensbedingungen der von ihnen vertretenen Volksmassen beitragen. In den langen und zöhen Verhandlungen über den Polstarif verhinderten sie den Minimalzoll auf Getreide, drückten die Zollsätze, erreichten zollfreie Einfuhr für größere Mengen Gefrierfleisch, setzten mildernde Zölleinstufungen durch und waren die Vorkämpfer für ausgedehnte Handelsverträge mit anderen Staaten. In der Steuerpolitik erreichten sie Herabsetzung der Umsatzsteuer, Erhöhung des steuerfreien

Deutsche Arbeiter und Arbeiterinnen!

Siebzehn lange Wochen dauert schon der Kampf, der den Bergarbeitern in England von ihren Ausbeutern aufgezwungen worden ist. Die Absperrung der Bergwerke erfolgte zu einer Zeit, als schon viele von ihnen nur noch vier, drei und zwei Tage in der Woche zu arbeiten hatten; in einem Augenblick, wo der tatsächliche Verdienst schon auf ein Mindestmaß herabgedrückt war.

Der Kampf wird von den Grubenherren um ein dreifaches Ziel geführt: Herabsetzung der Löhne, Verlängerung der Arbeitszeit, diskriminierende Regelung der Löhne.

Die letzten Verhandlungen mit den Grubenbaronen sind gescheitert, obwohl der Bergarbeiter-Verband bereit war, wegen der Lohnhöhe Verhandlungen zu führen. Sie sind gescheitert, weil der Bergarbeiter-Verband unter seinen Umständen bereit ist, in der Frage der Arbeitszeit wie in der Frage der zentralen Lohnregelung irgendwelche Konzessionen zu machen.

So stehen noch 850 000 Bergleute im Kampf, trotz all der furchtbaren Entschörungen, die die monatliche Ausschließung von ihren Arbeitsplätzen über sie, über ihre Frauen und Kinder verhängt hat.

Die englischen Bergarbeiter führen einen Kampf, dessen Ausgang nicht nur entscheidend ist für die englische Arbeiterklasse, sondern für die Arbeiterklasse in ganz Europa.

Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands! Ihr kämpft für eure eigene Sache, wenn ihr alles daransetzt, den englischen Kameraden zu helfen, die sich in bitterer Not befinden. Jedes Scherflein, das ihr beisteuert, wird den Kampfgeist der englischen Kameraden stärken, wird ihnen das zurechtfindende Bewußtsein geben, daß die internationale Arbeiterbewegung sie nicht im Stich läßt.

Helft den englischen Bergarbeitern. Beweist den Gegnern der Arbeiterbewegung diesseits und jenseits der deutschen Grenzen durch die Tat, daß ihr Opfer zu bringen gewillt seid im Kampf für eure Ziele.

Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes.

Anteils am Lohne und Vergünstigungen für kinderreiche Familien. In der Auswertungfrage nahmen sie sich der minderbemittelten Volksschichten an. Sie bekämpften den Milchbäuer, traten gegen die Kartelle auf, sobald diese ihre Nachstellung mißbräuchlich ausnützten und verhalfen beispielsweise den Genossenschaften zu einer unabhängigen Stellung gegenüber dem Kohlenyndikat; sie können jetzt zu billigeren Preisen verkaufen als die anderen Kleinhandlärer, denen das Kohlenyndikat feste Preise vorschreibt. Sie verhindern die ungerechtfertigte Erhöhung der Kalkpreise, sie fürchten die Reichsregierung, wenn diese sich durch Eisenrückstellungen der Länder getrieben sah.

Aber alle diese Erfolge stellen nur einen Anfang dar. Unendlich viel bleibt noch zu tun, stets neue Aufgaben sind zu lösen, neue Schwierigkeiten zu überwinden. Auch entspricht die Stellung und das Ansehen der Gewerkschaften noch lange nicht ihren berechtigten Wünschen und der Zahl derer, für die sie kämpfen. Denn das Gebiet der Gewerkschaften umfaßt die gesamte Kopf- und Handarbeiterklasse, umfaßt somit den überwiegenden Teil der gesamten Bevölkerung. Soll nun die Macht der Gewerkschaften gestärkt werden, so müssen sich auch diejenigen öffnen zu den Gewerkschaften offen bekennen, die zwar aus ihnen Nutzen ziehen, im übrigen aber interesselos beiseite stehen. An alle, die noch nicht zu uns gehören, geht deshalb der Ruf: Organisiert euch!

Unbedingte Pflicht ist

die gewerkschaftliche Werbeweise nicht latentlos verstreichen zu lassen. Wer allem nach den nichtorganisierten Kollegen klargemacht werden, was sie der Gewerkschaft verdanken. Daß sie nicht länger ruhig dazuliegen, ohne zu tun. Daß sie sich dem Verbände anschließen und an dem gewerkschaftlichen Werk mitwirken müssen. Daß es unwürdig ist, zu stehen ohne zu geben!

Stimme. Es schien, als suche er andere Gründe für seinen Austritt, denn er hatte nicht den Mut, den wahren Grund zu sagen.

Die Zeiten wurden schlechter. Mit der „guten“ Arbeit wollte es nicht mehr klappen. Wirtschaftliche Regenzeit kamen, die alles bisher Dagegenes überboten. Konstante wurde verdrängt gearbeitet werden, dann folgte Aussetzen und Arbeitsentlassungen. Eine Betriebsvertretung bestand nicht mehr, denn im Betrieb waren es sehr viele solcher „Wiedemanns“ geworden. Die wenigen Verbändler waren nicht stark genug, um alles aufrechtzuerhalten zu können. Die Unorganisierten folgten sich an die Spitze der Meister, Betriebsleiter und Direktoren. Jeder versuchte sich anzubiedern und den anderen hinauszuwürgen. So glaubten sie, sich die Arbeitsgelegenheit erhalten zu können. Die Betriebsleitung ging unachtsam vor. Hier waren sie Herr im Hause. Auch Wiedemann sah bei dieser Gemütsverwirrung den Kürzeren und sah bald schuplos auf der Straße.

Jetzt war er gründlich verlassen. Oft ließ er an seinem ehemaligen Verbandsbüro vorbei und hätte sich dort gern Rat geholt, denn er war zu Unrecht entlassen worden. (Die Stützungsindustrie hatte Macht vor sich gehen lassen.) Doch hielt ihn die Scham zurück, nachdem er erst seine Kollegen so schmählich in die Schikane gelassen hatte, brachte er es nicht fertig, als Unorganisierter vor sie hinzutreten. Nirgend fand er Rat und Hilfe. Die Freunde von gestern, mit denen er seinen Verband behauptet und verkleinert hatte, gingen ihm nun aus dem Wege. Sie waren noch in Arbeit und keiner hätte für die Erwerbslosen etwas übrig. Auch zu Hause ging es schlecht. Seine Frau war ewig unzufrieden, denn wo Geldherren einziehen, fliegt die Liebe zum Fenster hinaus. Schmalhaus wurde Wiedemannsper und dann kam noch eine größere Schmalhaus.

Wozu schweizer Bedenken entließ sich Wiedemann, von seiner Frau zu verlangen, schon jetzt, obwohl die Not noch nicht am höchsten war, etwas von dem geschätzten Sparbuch anzugeben. Es brauchte nicht viel zu sein, fünfzig bis hundert, als er in seiner jetzt wöchentlichen Arbeitslosigkeit als winnige Unterstützung vom Verband erhalten hätte. Auch seiner Bedingung mußte auf seinem „Sparbuch“ allerlei liegen, denn seine Frau hatte weit über zwei Jahre den Beitrag laßener.

Die Frau war sehr erpöckel, weniger wegen seiner Forderung, als über ihre Treue, die nach ihrer Meinung überbringt aus seinem Verlangen sprach. Der Handel war sehr. Zwei viele Worte wozu sie

Wahret eure Rechte!

Das Betriebsrätegesetz bietet den Arbeitern auch heute noch einen wirksamen Schutz gegen ungerechtfertigte Entlassungen. Viele unserer Kollegen gehen dieses Schutzes verlustig, weil sie die einschlägigen Gesetzesbestimmungen nicht kennen oder weil sie es unterlassen haben, in größeren Betrieben einen Betriebsrat, in kleineren einen Betriebsobmann zu wählen. Wo das nicht geschieht, ist, fast sehr oft auch bei durchaus begründeten Beschwerden der Arbeitnehmer nicht weiter verfolgt werden. In allen Fällen aber, wo Betriebsinhaber sich weigern, den Betriebsrat oder -obmann anzuerkennen, muß sofort Meldung bei der örtlichen Organisationsleitung gemacht werden, die bei der zuständigen Behörde dafür Sorge trägt, daß den gesetzlichen Bestimmungen Geltung verschafft wird. Nach wie vor steht im Betriebsrätegesetz, daß bei Entlassungen soziale Gesichtspunkte zu berücksichtigen sind. Bei unberechtigter Entlassung ist sofort, d. h. innerhalb fünf Tagen (§ 84) Beschwerde beim Betriebsrat beziehungsweise Betriebsobmann zu erheben. Wo von diesem in einer ordnungsgemäßen Sitzung eine unbillige Härte anerkannt wird, kann weitere Klage beim Schlichtungsausschuß erhoben werden, wenn der Unternehmer dem erfolgten Einspruch gegen die als ungerechtfertigt erkannte Entlassung nicht stattgegeben hat. Nach § 29 Absatz 3 ist aber die Anrufung des Schlichtungsausschusses erst zulässig, wenn mit dem Arbeitgeber nach rechtzeitiger Einladung, unter Mitteilung der Tagesordnung die freitägige Angelegenheit verhandelt worden oder wenn der Arbeitgeber oder sein Stellvertreter trotz rechtzeitiger Einladung nicht erschienen ist. Nur wenn in diesem Sinne verfahren wird, besteht Aussicht auf erfolgreiche Durchführung der Beschwerde; andernfalls kann auf Abweisung der Klage erkannt werden. Wenn die Kündigung oder Entlassung ohne Angabe von Gründen erfolgt ist, hat der Schlichtungsausschuß nach § 86 Absatz 2 das Verfahren auszuweisen, wenn ein gerichtliches Verfahren anhängig gemacht ist oder die Aussetzung des Verfahrens zur Herbeiführung einer gerichtlichen Entscheidung von einer der Parteien beantragt wird.

Bei Entlassungen muß also folgendes beachtet werden: Der Einspruch gegen die als ungerechtfertigt empfundene Entlassung muß innerhalb fünf Tagen bei der Betriebsvertretung erfolgt sein. Innerhalb weiterer sieben Tage muß die Klage beim Arbeitsbeziehungsweise Gewerbegericht eingereicht werden. Die Betriebsräte haben streng auf die Form- und Fristvorschriften zu achten. Bei etwaigen Differenzen verständliche man sofort die zuständigen Vertretungspersonen der Organisation, damit jedem Kollegen Rat und Hilfe gewährt und eine Vertretung vom Verbands gestellt werden kann. In jeder Verammlung und auf den Verbandsbureaus wird Auskunft über arbeitsrechtliche Fragen erteilt und in jedem Falle wird von der Organisation die Vertretung vor den gerichtlichen Stellen übernommen.

Die deutsche Elektroindustrie

Der Unternehmerverband der englischen Elektroindustrie hat unlängst eine umfangreiche Arbeit über die deutsche Elektroindustrie veröffentlicht, die die gegenwärtige Lage dieses deutschen Industriezweiges als günstig erscheinen läßt. Nach diesen Angaben ist die Produktion der deutschen Elektroindustrie bereits größer als vor dem Kriege und ihre sehr vergrößerte Leistungsfähigkeit wird zu 80 vH ausgenutzt. Auf dem inneren Markt, dessen Aufnahmefähigkeit für die Produkte der Elektroindustrie sich infolge der Entstehung der Großkraftwerke, der Elektrifizierung der Eisenbahnen usw. sehr gesteigert hat, werden die Preise hochgehalten, während nach dem Ausland ohne Gewinn verkauft wird. Daß dieser Politik ist die Ausfuhr der deutschen Elektroindustrie in die europäischen Länder 1925 gegenüber 1924 um 45 vH gestiegen und betrug 73 vH jänklicher europäischer Einfuhr von elektrischen Artikeln. Im Jahre 1913 war der deutsche Anteil an dieser Ausfuhr nach den europäischen Ländern 71 vH. Europa nahm Produkte der deutschen Elektroindustrie im Wert von 230 Millionen Mark auf, englische Erzeugnisse dagegen nur für 30 Millionen Mark, trotz ihrer anteilmäßigen Erhöhung seit dem Krieg. Dank der niedrigen Löhne und der längeren Arbeitszeit stehen die Produktionskosten in der deutschen Elektroindustrie um etwa 20 vH niedriger als in England.

Der Stand der Arbeitslosigkeit. In der ersten Hälfte des August hat sich der Rückgang der Arbeitslosigkeit fortgesetzt. Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger im Deutschen Reich betrug:

Stichtag	männlich	weiblich	insgesamt
1. Juli 1926	1.408.095	332.659	1.740.754
15. Juli 1926	1.383.228	335.271	1.718.499
1. August 1926	1.328.451	324.165	1.652.616
15. August 1926	1.287.000	317.000	1.604.000

Der Gesamtumfang der Hauptunterstützungsempfänger in der ersten Augusthälfte betrug rund 48 000 oder 2,9 Prozent. In den Städten mit mehr als 50 000 Einwohnern kamen im Juli 701 Arbeitslose auf 100 offene Stellen bei den Männern und 456 Arbeitslose auf 100 offene Stellen bei den weiblichen Arbeitnehmern. Im Juni betragen diese Zahlen 788 bzw. 486. Der Arbeitsmarkt weist also in den letzten Wochen eine geringfügige Besserung auf.

dem verdutzt Dreinschauenden das Sparbuch auf den Tisch. Er solle selber abholen gehen und sprach noch was von „doch längst wissen müssen“. Dann nahm sie die Schürze vor die Augen und meinte; meinte, wie nur Frauen weinen können, wenn sie den Mann besiegt wollen.

Wiedemann brauchte nichts zu ahnen, er wußte genug. Still blühter er in dem Buch, das er so leichtfertig für sein gutes Verbandsbuch eingelöst hatte. Da waren einige Blätter mit Statuen und Vorjchriften, dann kam ein Blatt mit Vorbrufen und da waren fünfmal mit Tinte einige Zahlen eingetragen und durch einen fetten Stempel beiseite; dann folgten noch eine Menge leerer Seiten und dann war es aus. Die Eintagungen zeigten, daß zweimal eine Mark gebracht worden war, dann war die Frist etwas länger gewesen und gleichsam als Kontozahlung stand eine mäßige Summe, und später waren nochmals zwei Wochenbeiträge eingeträgt, dann war endgültig und für immer Schluss gewesen. Von erübrigtem und dazugelegtem Hausgeld keine Spur. Die Frau konnte sich nicht mehr genau entsinnen, wie das zugegangen war.

Wiedemann schweig. Er wußte genug und dachte zurück. Ihn fiel ein, wie unwürdig seine Rolle war, die er als Unorganisierter gespielt hatte und wie er nun auf allen Seiten betrogen und verlassen war. Er empfand Neue über sein Verhalten. Er hatte aus Angst vor Verlust des Arbeitsplatzes allerlei unterwürfige Bittgänge gemacht und nichts hatte es ihm geholfen. Die Organisierten, wenn sie entlassen wurden, gingen stolz und aufrecht aus dem Betrieb, sie waren ehrlich und unabhängig, denn sie hatten ihren Verband im Rücken. Ihn schüttelte der Gedanke vor sich selbst.

Sollte er seiner Frau gürnen? Nein, das durfte er nicht, denn er war doch schon an diesem Tag. Er hätte den Anhängen wehren müssen und seine Frau aufklären sollen. Niemals durfte er sein Verbandsbuch von diesem tauben Sparbuch verdrängen lassen.

Die Lehre war hart, aber nicht vergebens. Er versöhnte sich mit seiner Frau und sie beschloßen, nun gemeinsam ihr selbstverschuldetes Schicksal zu tragen. Aber das mußte Wiedemann, sobald er Arbeit haben würde, dann wäre das erste, daß er ein neues Verbandsbuch der freien Gewerkschaften ins Haus brachte. Die wolle er wieder solche wirtschaftliche und moralische Schäden vermeiden, die ihm als Unorganisierter über den Kopf gewachsen waren. P. G. a. l. c.

Wer ihr schaffst, leidet und kämpft! Er gewährt Unterstützung bei Streik, Erwerbslosigkeit, Krankheit und Sterbefall.

Monopolstellung der Gewerkschaften?

Die Monopolstellung der Gewerkschaften in der gegenwärtigen Wirtschaft zu behaupten, könnte als ein schlechter Scherz erscheinen. Dem ist jedoch nicht so. Die Unternehmer stellen diese Behauptung auf und die hinter ihnen stehenden Rechtsparteien haben vor kurzem einen Gesetzentwurf zur Abänderung des Reichs-Karntappschutzes eingebracht, der hieraus die Folgerungen zieht. Unter dem Schlagwort: Gleichberechtigung aller Arbeitnehmer soll die gegenwärtige Rechtsstellung der Gewerkschaften durchbrochen und ihrem angeblichen Monopol ein Ende gemacht werden. In welcher Richtung zunächst dieser Vorstoß unternommen werden soll, geht aus dem Aufsatz eines Dr. jur. Benede über die Monopolstellung der Gewerkschaften in Nr. 396 des Schwäbischen Merkur hervor, in dem die Tyrannei der Gewerkschaften über die unorganisierte Arbeiterschaft, die Allgemeinheit und den Staat in den schmerzhaftesten Farben gemalt und zur Bekämpfung dieses „verfassungs- und rechtswidrigen Zustandes“ aufgefördert wird.

Die betreffenden Ausführungen wären ohne Bedeutung, wenn man nicht Grund zur Annahme hätte, daß es sich um ein wohlvorberichtetes Vorgehen des Unternehmertums handelt, um die für die Annahme des Gesetzentwurfes erforderliche Zustimmung vorzubereiten, denn daß den Unternehmern die Rechtsstellung der Gewerkschaften ein Dorn im Auge ist, darüber befindet man sich auf gewerkschaftlicher Seite allgemein längst im klaren. Dennoch muß die demagogische Heuchelei antworten, die in dem von den Unternehmern gegen die Gewerkschaften geführten Kampfe produziert wird und auch in dem genannten Aufsatz zum Ausdruck gelangt. Um den Anschein eines durchaus berechtigten Vorgehens zu erwecken, wird darin auf Artikel 159 der Weimarer Verfassung Bezug genommen. Bekanntlich wird darin gesagt, daß die Vereinigungsfreiheit zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen für jedermann und für alle Berufe gewährleistet ist und alle Abreden und Maßnahmen, welche diese Freiheit einschränken oder zu behindern suchen, rechtswidrig sind.

Aus dieser Verfassungsvorschrift wird gefolgert, daß die gegenwärtige Rechtsstellung der Gewerkschaften gegen die Verfassung verstößt. Die von ihr versprochene rechtliche Gleichstellung und Gleichbehandlung der Arbeitnehmerschaft sei nicht vorhanden. Es ergebe sich vielmehr eine Bevorzugung bestimmter Organisationsrichtungen, die sich vollkommen über den Art. 159 der Reichsverfassung hinwegsetze und beginne, sich geleglich zu verantern. In den Jahren 1922 bis 1923 sei dieser Zustand noch nicht so schroff in die Erscheinung getreten wie gegenwärtig, weil zu jener Zeit die freien, die Hirsch-Dunderschen und die christlichen Gewerkschaften bei insgesamt 16 bis 18 Millionen beschäftigter Arbeiter noch 11 Millionen Mitglieder zählten. Dieser Mitgliederstand sei jedoch gegenwärtig auf etwas über 5 Millionen zusammengeschrunken, umfasse also nur noch ein Drittel der deutschen Arbeiterschaft. Damit erweise sich aber die den Gewerkschaften zugestandene Rechtsstellung, das ihnen für gewisse soziale Einrichtungen, den Arbeitsgerichten, dem Reichsarbeitsrat usw. eingeräumte bzw. vorgegebene Vorschlagsrecht für die dort tätigen Vertreter, die finanzielle Unterstützung zur Errichtung von Gewerkschafts- und Betriebsratesschulen als unverträglich. Diese Bevorzugung bedeute einen — Verfassungbruch, gleichzeitig aber auch einen Zwang, die Arbeiterschaft in die Gewerkschaften hineinzudrängen.

Gut gebrüllt! Des Verfassers Auftraggeber dürfen mit ihm zufrieden sein. Doch hat seine Beweisführung einige kleine Lücken. Zunächst gründet sich die Rechtsstellung der Gewerkschaften nicht auf Artikel 159, sondern auf Artikel 165 Abs. 1 der Reichsverfassung, der die gewerkschaftlichen Organisationen ausdrücklich als gesetzliche Vertretung der Arbeiterschaft anerkennt. Die gleiche Anerkennung findet sich in § 1 der Tarifverordnungsverordnung vom 23. Dezember 1918 und in § 8 des Betriebsratsgesetzes vom 4. Februar 1920. Und was unter Gewerkschaften zu verstehen ist, geht aus den zwischen den industriellen Spitzenverbänden der Arbeitgeber und Arbeiter zum Zwecke der Bildung einer Zentralarbeitsgemeinschaft aufgestellten Grundrissen klar hervor. Damit haben die Unternehmer die Gewerkschaften selbst als ausschließliche Vertretung der deutschen Arbeiterschaft anerkannt. Wenn hiernach der Gesetzgeber diese Aufstellung teilt und die Gewerkschaften die ihnen hieraus zustehenden Rechte in Anspruch nehmen, mag das den Unternehmern vielleicht jetzt unangenehm sein. Von einer Bevorzugung der Gewerkschaften wird man aber nicht reden können. Ihre rechtliche Stellung steht verfassungsmäßig fest, so daß sie nicht erst einer besonderen Verankerung bedarf.

An dieser rechtlichen Stellung der Gewerkschaften wird durch den eingetretenen Mitgliederrückgang nichts geändert. Dieser ist zudem überwiegend durch die wirtschaftliche Krise herbeigeführt und eine vorübergehende Erscheinung. Lediglich auf dem Recht der freien Vereinigung aufgebaut, sind die Gewerkschaften auch in ihrer gegenwärtigen Stärke die alleinige und maßgebende Vertretung der deutschen Arbeiterschaft. Ein Monopol auf zwangsweise Heranziehung der Arbeiter zu den Gewerkschaften kann nur behauptet, wer von ihren organisatorischen Verhältnissen keine Ahnung hat oder die Wahrheit in das Gegenteil verkehrt. Daß die Mitgliederzahl der Gewerkschaften im Verhältnis zur Zahl der vorhandenen Arbeiter nicht allein für ihre Rechtsstellung ausschlaggebend sein kann, wissen die Unternehmer nur zu genau. Sie selbst haben sich zur Zeit, als ihre Organisation nur einen verhältnismäßig kleinen Teil der Unternehmerrchaft umfaßte, nicht geschert, für diese die gleichen Rechte in Anspruch zu nehmen und sie allein als für die Vertretung der Unternehmerrchaft maßgebend hinzustellen.

Gegenwärtig sind sie darüber hinaus. Die Handwerksvereinigungen wie die Unternehmervereinigungen sind ausgesprochene Zwangsorganisationen geworden, denen sich kaum noch ein Unternehmer ohne schwere wirtschaftliche Schädigungen entziehen kann. Das gleiche trifft für die industriellen Kartelle zu. Und was durch den von ihnen ausgeübten Koalitionszwang nicht erreicht wird, bewirkt die durch Urteil des Reichsgerichts vom 2. Juli 1925 herbeigeführte Beseitigung des § 162 Abs. 1 StGB, die den wirtschaftlichen Berufsvereinen das Recht gibt, ihre Mitglieder zwangsweise zur Erfüllung der ihnen auferlegten Verpflichtungen anzuhalten. Dieses Recht ist für die Gewerkschaften der Arbeiter wertlos, für die Unternehmervereinigungen dagegen von weitestgehender Bedeutung, weil es

sie in den Stand setzt, selbst die ihren Bestrebungen abgeneigten Unternehmer unter ihren Willen zu beugen. Wie unheilvoll dieser Koalitionszwang sowie die durch seine Anwendung herbeigeführte Monopolwirtschaft der Kartelle ist, beweist die das wirtschaftliche Leben in Deutschland untergrabende Lohn- und Preispolitik der Unternehmer. Hiernach ist es geradezu eine Unverschämtheit, den Gewerkschaften eine Monopolstellung vorzumerken.

Nicht anders steht es mit der behaupteten finanziellen Unterstützung der Gewerkschaften aus öffentlichen Mitteln. Was hierin bis jetzt für die Betriebsräte, Gewerkschaftsschulen und Arbeitersekretariate gewährt wurde, ist lächerlich unbedeutend gegenüber den von den Unternehmervereinigungen gestellten Forderungen, denen in nur zu weitem Umfange entsprochen wird. Daneben gehen die auf ihre Veranlassung an Industrie und Landwirtschaft gewährten Subventionen in Form von Unterstützungen, Krediten, Zinsen, Steuer- und Frachtermäßigungen in die Milliarden. Der gleichen Begünstigung erfreuen sich die Unternehmervereinigungen in bezug auf die Anerkennung ihres Vertretungsrechts bei den öffentlichen Stellen. Schon lange

Zur Werbearbeit

**Die Werbearbeit ist ein schwerer Dienst;
Man fährt Dich, falls Du Dich erkühnst,
Gemeinsamkeit und Opfersinn zu heischen,
Gar häufig an mit Schelten und mit Kreischen.
Vergelte dann nicht gleiches mit dem gleichen;
Soll Unverstand der bessern Einsicht weichen,
So sieh' in dem, der uns nicht zugehört,
Den Kameraden, der nicht aufgeklärt.
Such' ihn mit Liebe für die Sache zu gewinnen,
Dann lenkst Du bald sein Trachten und sein Sinnen
Auf gute Wege. Du erweckst dann Neigung
Und schließlich kommt die wahre Ueberzeugung.
Dann hast Du, ehe noch viel Zeit veronnen,
Ein neues Mitglied unserm Bund gewonnen!**

vor den Gewerkschaften ihre gegenwärtige noch sehr lüdenhafte Rechtsstellung eingeräumt wurde, hatten die Unternehmer in den Handwerks- und Handelskammern ihre anerkannten Vertretungen, wurden ihre Vertreter zu allen wichtigen wirtschaftlichen Konferenzen, Erhebungen usw. beigezogen, die Gewerkschaften dagegen müssen heute noch darum kämpfen. Während die Unternehmervereinigungen das gesamte Wirtschaftsleben beherrschen, ihre Sache überall in den Vordergrund drängen, sind die Gewerkschaften von der ihnen verfassungsmäßig zustehenden Gleichberechtigung mit den Vereinigungen der Unternehmer noch weit entfernt. Und dennoch wagt man es, ihre Bevorzugung zu behaupten!

Über den Zweck dieses Vorgehens kann kein Zweifel bestehen. Der Kampf der Unternehmer gilt der bisher vergeblich angestrebten rechtlichen Gleichstellung der gelben Wertvereine mit den Gewerkschaften. Wäre der von ihnen eingeleitete Vorstoß von Erfolg, so hätten die Unternehmer ihr Ziel erreicht. Die Gewerkschaften würden an ihrer empfindlichsten Stelle getroffen. Das Tarifwesen, der Tarifzwang und damit der kollektive Arbeitsvertrag wären gegenstandslos gemacht. Was von der gegenwärtigen Rechtsstellung der Gewerkschaften übrig bliebe, wäre für die Arbeiterschaft völlig bedeutungslos, ihre alte Rechtslosigkeit wieder hergestellt. Darauf steuern die Unternehmer hin. Die Arbeiter dürfen es nicht dahin kommen lassen. Dazu ist aber erforderlich, daß sie sich schon den darauf abzielenden Anfängen widersetzen und alles an den Ausbau und die Stärkung ihrer Organisationen setzen.

Mattutat.

4332000 Kraftwagen in der amerikan. Landwirtschaft

Wie wir dem Blatt des Gewerkschaftsartikels in Detroit, Federated News entnehmen, besitzen die amerikanischen Bauern nicht weniger als 4332000 motorisch betriebene Personenkraftwagen, Lastwagen und Schlepper. Somit entfällt ein Viertel aller Kraftwagen Nordamerikas auf dessen Landwirtschaft. Der Staat Texas mit seinen 264000 Wagen scheint an der Spitze zu stehen; ihm folgen Illinois mit 226000 und Ohio mit 225000. Diese weite Verbreitung des Kraftwagens auf dem Lande bezeugt, daß die Bauernschaft keineswegs neuen Ideen so abhold ist, wie man zuweilen behauptet. Dies dürfte noch mehr erhärtet werden durch die im Gange befindliche Fählung der Bauernhäuser, die mit elektrischem Licht, Staubsaugern, motorisch betriebenen Backmaschinen und Wäschereien versehen sind. Von dem Telefon und dem Radio haben die amerikanischen Bauern längst schon sehr ausgiebigen Gebrauch gemacht. Demzufolge konnte die Regierung tagtäglich der Bauernschaft über den Stand der Ernte und des Marktes sowie über das voraussichtliche Wetter berichten.

Man muß der deutschen Landwirtschaft eine gleiche Verbreitung der Kraftwagen dringend wünschen, weil von ihrer allgemeinen Bemühung eine erhebliche Erleichterung der Bürde des Bauern und auch eine vorteilhaftere Nutzung des Bodens wie eine Verbilligung der Nahrungsmittel zu erwarten ist. Bei uns auf dem Lande wird mit der Arbeitskraft und der Zeit nach in einer Weise gewirtschaftet, die eine Gänsehaut erzeugt. Da fahren tagtäglich Bauernfrauen oder Kinder oder der Bauer mit einem Gälchen einen halben oder ganzen Tag, um ein paar Kannen Milch oder einige Körbe Gemüse zum Verbraucher zu bringen. Mit einem Kraftwagen ist das in einer guten Stunde zu machen. Da kaufen die meisten Bauern von Sonnenaufgang bis Sonnenuntergang hinter dem Pfluge oder den tierisch bewegten Geräten her. Mit einem Schlepper ginge das viel schneller und der Bauer könnte nicht mitfahren. Da verdröbeln die Bauern mit ihren Familien einen großen Teil mit der Futtermittelbeschaffung für die Arbeitstiere und deren Pflege. Die Zeit, die Städte und Scheunen könnten gespart werden, wenn Schlepper benutzt würden. Diese ungeheure Vergeudung geht zu Lasten der Erzeuger und der Verbraucher. Denn dieser braucht als Futtermittel nur eine Kanne Benzin und ein paar Tropfen Öl, ist immer arbeitsbereit und braucht wenig Raum. Die für das Vieh benutzte Bodenfläche könnte für menschliche Nahrung verwertet werden und der Bauer käme mit seiner Familie mehr freie Zeit zur Rast und zur Bildung. Kurz der Kraftwagen

bringt dem Bauer nicht nur die Möglichkeit, mehr Kulturmenschen zu sein, sondern auch gewaltige volkswirtschaftliche Vorteile. Dies ist gewiß auch den meisten unserer Bauern nicht unbekannt. Wenn sie sich trotzdem nicht der gegenwärtigen technischen Neuerungen bedienen, so weil sie noch zu teuer sind. Die deutschen Bauern können der Vorteile des Kraftwagens erst gebührend teilhaftig werden, wenn sie bedeutend billiger geworden sind. Diese Notwendigkeit wäre schon zu einem guten Teil erfüllt, wenn der Preiswucher durch Kartelle und Zwischenhändler beseitigt wäre. Darin könnte bald Erhebliches erreicht werden, wenn die Bauern dem Bestreben der Gewerkschaften mehr Verständnis entgegenbrächten.

Großbritannien bleibt in der Stahlherzeugung zurück

Infolge des Bergarbeiterstreiks wurde die englische Stahlproduktion vollständig lahmgelegt. Auch vor dem Streik war jedoch die Entwicklung der englischen Stahlherzeugung im Vergleich zur Weltproduktion nicht günstig. Die Stahlherzeugung der Welt ist in den letzten 50 Jahren gewaltig angefertigt. Von 6 Millionen Tonnen im Jahre 1875 erhöhte sie sich auf 81 Millionen Tonnen im Jahre 1925. Bis 1914 steigt die Kurve, die in der Zeitschrift der amerikanischen Schwerindustrie, dem „Iron Age“ veröffentlicht wird, gleichmäßig steil an. Mit Kriegsausbruch aber erleidet die Weltstahlherzeugung zunächst einen erheblichen Rückgang. Auf dem Kontinent nimmt die Stahlproduktion während der Kriegsjahre fast ununterbrochen ab: 1913 betrug sie noch 35 Millionen Tonnen, 1919 dagegen nur noch 12 Millionen Tonnen. Die britische Stahlindustrie dagegen konnte fast bis Kriegsende noch ihre Produktion, wenn auch in mäßigem Grade erhöhen, und die Stahlherzeugung der Vereinigten Staaten nahm vom zweiten Kriegsjahr an einen gewaltigen Aufschwung, von 24 Millionen Tonnen auf 45 Millionen Tonnen zu Kriegsende. Dann allerdings, als die Kriegskonjunktur aufhörte, sank sie erheblich und zeigt ebenso wie die Kurve der Weltstahlherzeugung auch wieder im Jahre 1921, zur Zeit des großen Kohlenstreiks in England, einen großen Rückschlag: von 78 Millionen Tonnen im Jahre 1917 sank sie auf 42 Millionen Tonnen im Jahre 1921 zurück. Von da an aber geht sie steil in die Höhe, und dieser Aufstieg erfährt nur 1923 infolge der Ruhrbesetzung noch eine kleine Verzögerung. Es ist nun auffällig, daß schon vor dem Kriege die Stahlherzeugung Großbritanniens viel langsamer ansteigt als die des europäischen Kontinents und der Vereinigten Staaten, und auch nach dem Krieg weist sie keine entsprechenden Steigerungen auf und bleibt hinter den übrigen Kurven zurück. Während die Stahlherzeugung Großbritanniens 1890 mit 5 Millionen Tonnen etwa der des Kontinents und auch der Vereinigten Staaten gleichkam, stieg sie bis 1925 nur auf 8 Millionen Tonnen, die des Kontinents dagegen bis auf 36 Millionen Tonnen, die der Vereinigten Staaten auf 43 Millionen Tonnen. Man schreibt diesen raschen Fortschritt in den außerbritischen Ländern einerseits der erfolgreichen Konzentrationsbewegung der außerbritischen Stahlindustrie zu, durch welche Produktionskonzentrationen erzielt wurden, andererseits jedoch beruht der Aufschwung, wenigstens in den Vereinigten Staaten, auf den großen Erzfunden am Oberen See. Jedoch sollen diese Lager, nach Schätzung eines amerikanischen Sachverständigen, etwa in 20 Jahren erschöpft sein, und es macht sich daher jetzt schon für Amerika ein besseres und sparsameres Haushalten mit diesem wichtigsten Metall nötig.

Russische Lohnauszahlung

Ein Arbeiter von der Tschusowischen Fabrik im Ural schreibt im „Trud“ vom 24. 7. Nr. 168: „Beginnend mit dem März hat die Rückständigkeit in der Lohnauszahlung auf dem Tschusowischen Werk einen Dauercharakter angenommen. Die Lohnauszahlungen erfolgen mit einer Verspätung von 8—10 Tagen. Unlängst fand eine allgemeine Versammlung der Arbeiter statt, in der die Mitteilungen des Direktors der Fabrik über die Lohnauszahlungen angehört wurden. Die Versammlung war eine der stärksten besetzten, es hatten sich 970 Mann versammelt, denn die Lohnfrage ist für die Arbeiter gegenwärtig die allerbrennendste. Die Mitteilungen des Direktors befriedigten die Arbeiter nicht. Auf die Frage der Arbeiter, wann der Lohn ausgezahlt werden wird, antwortete der Direktor: „Ich weiß nicht“. Wird der Lohn ausgezahlt werden denjenigen, die auf Urlaub gehen? „Ich weiß nicht“. Das sind die Antworten des Direktors. Solche Antworten konnten natürlich die Arbeiter nicht befriedigen. Der Betriebsrat läuft jeden Tag zum Direktor. Der Direktor beruft sich auf die Trübsal, der Trübsal auf das Syndikat usw. Um eine Regelung der Lohnauszahlungsfrage herbeizuführen, muß das Zentralkomitee der Metallarbeiter einen Druck ausüben, denn die örtlichen Organisationen der Gewerkschaften sind nicht imstande, etwas zu unternehmen.“

Die Arbeitszeit in den Vereinigten Staaten

Dem unlängst erschienenen „American Labor Year Book 1926“ entnehmen wir, daß der Stundenlohn der in Fabrikbetrieben 48 oder weniger Stunden beschäftigten Arbeiter in den Vereinigten Staaten von 11,8 vH im Jahre 1914 auf 46,1 vH im Jahre 1923 stieg. Im Jahre 1921 betrug der Stundenlohn sogar 51,5. Der leichte Rückgang wird der geschwächten Stellung der organisierten Arbeiter und der großen Krise der Jahre 1921 und 1922 zugeschrieben. Die durchschnittliche Arbeitswoche betrug Mitte 1924 47,6 für die Wägereiarbeiter, 43,9 für die Bauarbeiter, 57,7 für die Chauffeure, 43,3 für die Dicker, 46,7 für die Metallarbeiter, 44,8 für die Millereiarbeiter, 44,8 für die Lithographen und Buchdrucker und 45,4 für die Arbeiter der Zeitungsbetriebe (durchschnittlich zifa 45,9 vH). In 12 Staaten ist eine längere Arbeitszeit als 8 Stunden pro Tag für Frauen verboten. Das „United States Women's Bureau“ teilt mit, daß in den Staaten, wo es keine diesbezügliche Gesetze gibt, Frauen oft mehr als 10 Stunden arbeiten. Von der Gesamtzahl weiblicher Arbeiter arbeiten 34,2 vH von Montag bis Freitag 9 Stunden pro Tag, 25 vH länger als 9 Stunden. In Südcarolina arbeiten 85 vH der Frauen mehr als 10 Stunden pro Tag.

Die englische Soziallast. Den Berechnungen des englischen Prof. J. H. Clapham zufolge wird ein stets wachsender Teil des Volkseinkommens für soziale Einrichtungen verwendet. 1880 beanspruchten diese Einrichtungen nur 3,4 vH der ausgezahlten Lohnsummen, 1911 bereits 3,4 vH, 1913 10,4 vH. Seitdem sind die für soziale Zwecke verwendeten Summen in dauerndem Steigen begriffen. In derselben Periode erhöhten sich die direkten Steuern, von welchen die Lohnempfänger vor dem Krieg befreit waren und auch heute noch nur mäßig getroffen werden, von 25 vH der gesamten Staatseinnahmen in 1880 auf 44 vH in 1911 und 58 vH in 1924. In der Tat hat das englische Steuersystem mit seinen stark entwickelten direkten Steuern andere Wege eingeschlagen als die kontinentalen, die überwiegend auf Verbrauchs- und Klassensteuern aufgebaut sind.

Die überseeische Auswanderung. Von Januar bis Mai 1926 haben 31000 Deutsche ihre Heimat verlassen. Im April betrug die Zahl der Auswanderer 7107, im Mai 7017 — das heißt es war die Auswanderung im Frühjahr stärker als im Winter. Im ersten Quartal stammten 19 vH der ausgewanderten Erwerbstätigen aus der Landwirtschaft, 37,4 vH aus Bergbau und Industrie, 21,7 vH aus Handel und Verkehr, 3,2 vH aus Verwaltung, Heer und freien Berufen, 1,6 vH aus dem Gesundheitswesen und der Wohlfahrtspflege, 17,1 vH aus Hausangehörigen und Lohnarbeit wechselnder Art. Unter den einzelnen Industriezweigen stellte nach wie vor die Eisen- und Metallindustrie, die Elektrotechnik und Feinmechanik den größten Anteil; auch das Baugewerbe war stark vertreten. Unter den ausgewanderten Angehörigen der Industrie waren etwa 8 vH selbstständig, während die übrigen als Arbeiter tätig waren.

Gewerkschaftliche Werbeweche

(Zur internationalen Agitationstooche vom 13. bis 19. September)

Nun tretet an, ihr taigewohnten Streiter,
Und weilt die eine Woche dem Verband!
Seid dem Verband bereite Wegbereiter,
Mehrt seine Kämpferschar im ganzen Land!
Geh in die Heime, geht in die Betriebe,
Geh überall, wo der Enterbte schafft,
und kündet ihm:
Verband ist Macht! Verband ist Kraft!
Verband ist Opfersinn und Liebe!
Verband ist Schutz! Verband ist Trutz!
Verband ist Einigkeit im Ziel!
Verband ist Crumpf im Kräftepiel!
Verband ist Hilfe in der Not!
Verband ist Lohn! Verband ist Brot!
Verband ist freies Menschentum —
der Arbeit Evangelium!

Dem Crust der Habsucht wollen wir beweisen,
Dass er uns nie und nimmer niederzwingt,
Dass es ihm nie gelingt, uns einzukreisen,
Wenn auch die Not uns an die Kehle springt.
Wir heben aus den dunklen Elendsgrößen
Den letzten Paria ins blanke Licht
und künden ihm:
Wer will, dass seine Kette bricht,
Muß seinen Knechtsinn erst entgotten —
Muß im Gelecht für Brot und Recht
Nicht hinten, sondern vorne sein —
Muß ungeduckt im Zorne sein,
Stürzt ihn sein Feind, das Kapital
In stumpe Not, in dumpfe Qual,
Denn einig wie das Kapital
Muß auch die Arbeit sein!

Drum säume nicht, für den Verband zu werben,
Sei Pionier in diesem Weltgelecht,
Dann wirst auch du den größten Schatz erwerben
Dem kommenden, dem siegenden Geschlecht!
Geh in die Heime, geh in die Betriebe,
Geh überall, wo der Verzagte schafft,
und künde ihm:
Verband ist Macht! Verband ist Kraft!
Verband ist Opfersinn und Liebe!
Verband ist Schutz! Verband ist Trutz!
Verband ist Einigkeit im Ziel!
Verband ist Crumpf im Kräftepiel!
Verband ist Hilfe in der Not!
Verband ist Lohn! Verband ist Brot!
Verband ist freies Menschentum —
der Arbeit Evangelium!

† Ernst Mehlisch. Einen herben Verlust hat die deutsche Arbeiterbewegung durch den Tod des Reichs- und Staatskommissars Mehlisch und den unbefetzten Teil des Reiches Düsseldorf, Gen. Ernst Mehlisch, erlitten, der am 19. August mit 20 andern Mehlischen ein Opfer des furchtbaren Eisenbahnunglücks des Berlin-Köln Schnellzuges geworden ist. Aus dem Schriftleitergewerbe hervorgegangen, hatte er seit 1907 als Schriftleiter an der Stuttgarter Zeitung an der Dortmunder sozialdemokratischen Parteipresse gewirkt. Nach der Berufung Eberhards zum preussischen Innenminister trat Mehlisch auf Grund seiner umfassenden praktischen Erfahrungen und hervorragenden Fähigkeiten dessen Nachfolger im Reichs- und Staatskommissariat für Westfalen geworden. Hier hat er sich durch seine Tätigkeit als Leiter des Schlichtungsausschusses große Verdienste erworben. Aber auch sein mannhaftes Eintreten für die junge deutsche Republik anlässlich des Kapp-Putschs sichert ihm eine bleibende Erinnerung; denn seine Tätigkeit erforderte bei dem Gefahrenbereich diesem westlichen Industriegebiet eine ganz besondere Umsicht. In der Jahre des erst 44-jährigen Genossen trauern 7 Kinder im Alter von 4 bis 22 Jahren, und mit ihnen die deutsche Arbeiterkassen, die ehrendes Andenken ist ihm sicher.

Mitteilungen des Vorstandes

Telegraphische Adresse: Metallvorstand Stuttgart
Telephon-Nummern: S.-A. 628 41, S.-A. 628 42, S.-A. 630 90

Mit Sonntag dem 12. Sept. ist der 38. Wochenbeitrag

für die Zeit vom 12. bis 18. September 1926 fällig.

Änderungen des Statuts betreffend Beitrittsgeld und Wochenbeiträge

(Gültig ab 29. August 1926)

Das Beitrittsgeld beträgt:
für männliche Mitglieder über 18 Jahre . . . 1,-
weibliche . . . 0,50
Jugendliche beiderlei Geschlechts bis zum 18. Lebensjahre und Lehrlinge . . . 0,30

Beiträge:
Beitragsklassen 1 bis 3 (100, 75, 50 %) bleiben unverändert nach dem Nachtrag zum Statut vom 27. Dezember 1925.

Beitragsklasse 4 (30 %) gilt für:
a) männliche Mitglieder unter 16 Jahren;
b) weibliche . . . 20

c) für die in Industriebetrieben tätigen Lehrlinge vom dritten Lehrjahre an.

Beitragsklasse 5 (10 %) gilt für Lehrlinge in handwerkmäßigen Betrieben und für die in Industriebetrieben tätigen Lehrlinge im ersten und zweiten Lehrjahre sowie für Anwärter.

Besondere Beitragsklasse (10 %) gilt für Mitglieder, die Unterhaltungen im vollen fakturischen Umfang bezogen haben und noch erwerbslos sind (Ausgezeichnete).

Achtung, Heizungsmonteure und Berufsgenossen

Am 18. und 19. September 1926 findet die Urabstimmung über das Reichsarbeitsabkommen für die Montage von Zentralheizungsanlagen statt. Lokal und Zeit wird von den Verwaltungen angegeben.

An der Urabstimmung können sich nur Kollegen beteiligen, die nicht länger als 6 Wochen mit ihren Beiträgen im Rückstand sind und den vorgebrachten Ausweis besitzen, der bestätigt, daß sie für die Urabstimmung auf Montage in Frage kommen. Der Ausweis ist von der Verwaltung abzuholen und muß von dieser unterzeichnet sein.

Kollegen, die durch auswärtige Arbeit verhindert sind, am 18. und 19. September in ihrer zuständigen Verwaltung abstimmen, müssen sich unter Einlegung des Mitgliedsbuches bei dieser melden und sich ihren dann der Stimmzettel und das Reichsarbeitsabkommen zu einer Woche vor der Abstimmung zugesandt. Der Stimmzettel muß von diesen Kollegen bis zum 19. September 1926 wieder an die Verwaltung zugesandt werden.

Zur Beachtung für die reisenden Mitglieder

Ein faktarisches Recht auf Empfang von Lokalgehalt besteht nicht. Die Anzahlung von Lokalgehalt durch die Verwaltung ist freiwillig und nur soweit möglich, als lokale Mittel vorhanden sind. In allen Verwaltungen, wo im Adressenverzeichnis vermerkt ist: „Lokalgehalt wird nicht bezahlt“, ist das Auffuchen des Kassiers weit zwecklos, zu unterlassen.

Die Erhebung von Extrabeiträgen wird nach § 6 Abs. 5 des Verbandsstatuts folgenden Verwaltungen in der angegebenen Höhe genehmigt:

Verwaltung	Für Mitglieder der Beitragsklasse:				Beginn der Beitrags-erhebung
	I.	II.	III.	IV.	
Nordsee	10	10	10	—	40. Woche

Die Nichtbezahlung dieser Extrabeiträge hat Entziehung faktuarischer Rechte zur Folge.

Für nicht wieder aufnahmefähig wird erklärt:

Auf Antrag der Verwaltungstelle Bremen:
Der Elektriker Reinhold Schrader, geb. am 1. Juli 1904 zu Bremen, Mitgliedsbuch Nr. 6.173 098, wegen Betrugs.

Offenlich gerügt wird:

Auf Antrag einer Untersuchungskommission in Gelsenkirchen:
Der Former Wilhelm Schülper, geb. am 19. Januar 1896 zu Gelsenkirchen, Mitgliedsbuch Nr. 2.315 153, wegen Schädigung der Verbandsinteressen.

Gestohlen wurde:

Mitgliedsbuch Nr. 4.455 352, lautend auf den Former Fritz Oberländer, geb. am 15. August 1906 zu Lanne a. G. (Thale a. G.) Stuttgart, Rötestraße 16.
Der Verbandsvorstand

Zur Beachtung! Bezug ist fernzubalten:

von Diamantarbeitern nach Hanau (Firma Meschan u. Kraus) D.; von Metallarbeitern aller Branchen nach Göttingen (Aluminiumwerk Albrecht) St.; nach Neuh. (Schiffwerft Düsseldorf-Neuh. S. m. b. H.) D.; nach Kattibor 2.; nach Reichshaus in Rumänien D.; von Metallarbeitern nach Coswig bei Meißen (Aluminiumwerk Ambos) D.

2 = Lohnbewegung; D. = Differenzen; v. St. = Streit in Sicht; St. = Streit; R. = Röhrengelung; M. = Mißstände; A. = Ausperrung. Arbeitsuche Mitglieder sind verpflichtet, auch wenn der betreffende Ort nicht in der Zeitung gesperrt ist, Entündigung bei der zuständigen Ortsverwaltung oder, wo eine solche nicht besteht, beim Vorstand einzufahren. Das Schriftstück ist von der Verwaltung, der das Mitglied zurzeit angehört, zum Ausweis der Mitgliedschaft absterben zu lassen.

Verbandsanzeigen

Zentralrats. Das Büro der Verwaltungstelle befindet sich vom 15. September ab Lothweg 10. Alle Sendungen bitten wir von diesem Tage ab an diese Adresse zu richten.

Druck und Verlag: Verlags-Gesellschaft des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Stuttgart, Rötestraße 16

Was das Verbandsbuch erzählt

Wir halten von Zeit zu Zeit eine Kontrolle unserer Verbandsbücher. Das ist notwendig, um den Ortsverwaltungen eine geordnete Listen- oder Kartothekführung zu ermöglichen und zum andern, um die Mitglieder an ihre Pflichten zu erinnern. Da lassen sich nun die Verbandsbücher zu Massen vor einem auf und ihre Durchsicht läßt mancherlei erfahren.

Das Verbandsbuch, als Ausweis der Zugehörigkeit zur gewerkschaftlichen Organisation, ist für den Arbeiter dasselbe oder noch mehr, was für den Soldaten das Soldbuch oder der Militärpaß ist. Es ist ein Ausweis nicht nur den Mitarbeitern gegenüber, sondern bei manchem andern Anlaß. So gut wie die Inwärten- oder Steuerkarte eine gesetzliche Notwendigkeit für jeden Arbeiter sind, ebenso sollte jeder denkende Arbeiter das Verbandsbuch für einen notwendigen Bestandteil eines geordneten Arbeitsverhältnisses ansehen.

Leider sieht das Verbandsbuch nicht immer so aus, wie es aussehen sollte. Schon rein äußerlich zeigt sich das. Da ist der seit Jahren organisierte Kollege, der allezeit und überall seinen Namen stellt. Sein Buch ist immer fast wie neu, sauber innen und außen. Jede Marke ist fein sauberlich an die Stelle geklebt, wo sie hingehört, nicht woanders hin. Und da, wo aus irgend einem Grunde eine Marke fehlt, ist sicher ein Stempel der Ortsverwaltung zu finden, der Zeit und Grund des Fehlens dieser Marke oder mehrerer Marken angibt. Und so wie ein solches Buch äußerlich in Ordnung ist, so auch ganz gewiß jede Eintragung, Ummelbung und Abmelbung.

Ein anderes Buch sieht schon von außen, fast möchte man sagen verwittert aus. Umfänglich zerfallen, sogenanntes Eselsdenk, schmählich. Finen Blätter zerfallen, fehlende Marken, die eingeklebten Kreuz und quer durcheinander, zum Teil auf dem Kopf stehend. So bietet ein solches Buch einen unvorstelligen und unangenehmen Anblick. Die ganze Gleichgültigkeit eines Arbeiters gegenüber der Organisation drückt sich in diesem Buchlein, in seinem Äußeren und Inneren aus. Man stellt sich heraus, daß der betreffende Inhaber kaum ein halbes Jahr als Mitglied, nicht länger im Besitze seines Verbandsbuches ist. Dabei befindet er sich in der Regel mit seinen Beiträgen erheblich im Rückstand. Man fühlt es beim Durchblättern der beschnittenen Seiten ordentlich heranz, daß der Kollege nur mit Widerwillen, vielleicht weil er sich vor seinen Mitarbeitern gescheut hat, seine Verbandspflichten erfüllt.

Zwischen diesen beiden, von wech Leptern es immerhin nicht sehr viele gibt, gibt es natürlich allerlei Zwischenstufen. Sehr oft drückt auch das Äußere des Verbandsbuches den bewegten Lebenslauf eines Inhabers sehr deutlich aus. Überhaupt spiegelt dieses unheimliche Buchlein das Schicksal eines Mitglieds im einzelnen und die Gesamtheit der Verbandsbücher das Schicksal oft einer ganzen Orts- oder Berufsgruppe wider.

Die heute Vielfältigkeit der Marken, die verschiedenen Stempel der verschiedenen Orte und Jahresschlüssel, sie zeigen den Weg, den ein Kollege gegangen ist. Noch einmal stellt sich dem ins Phantasiegehenden Zahlenaufbau der Jahre 1921/23 das ganze Elend und die Anpreisung der Inflationszeit an unseren Augen vorüber.

Streit, Ausperrung, Krankheit, Arbeitslosigkeit, all die wechselnden Geschehnisse des proletarischen Lebens zeichnen das kleine Buchlein auf. Die kurzen Unterstufungseinstellungen mit entsprechenden Gründen, sie zeigen das Verbundensein des Einzelbüchchens mit dem der gesamten Organisation. Und nicht minder deutlich prägt sich der Dypstern der Kollegen in all den eingeklebten oder verzeichneten Sonderbeiträgen für die verschiedensten Zwecke aus. Können nicht manches dieser Verbandsbücher den Stoff für einen Roman proletarischen Lebens geben?

Wie im Soldbuch des Kriegsteilnehmers die Gesichte und Schicksale, so sind im Verbandsbuch, wenn auch in anderer Form, die Ämte zwischen Lohnarbeit und Kapital eingetragen. Sie geben in ihrer Fülle auch ein Bild des Aufstiegs und des Abstiegs der gesamten Organisation des Proletariats.

So mancher Kollege hat bereits das zweite oder das dritte Verbandsbuch, das heißt jeweils als Ersatz für ein bereits vollgelehtes. So wie diese Kollegen den Kern der Organisation bilden, so sind auch die Träger dieser Kollegen, unerschrocken in ihrem Juchel, ein geheimes Abbild der inneren Festigkeit der Organisation. Vielgestaltig und unbewußtlos, nur immer wachend, geht hier etwas ins andere über, wenn auch nicht ohne Erscheinungen, sondern wie das proletarische Leben überhaupt. Und die Zahl dieser zweiten und dritten Verbandsbücher ist heute in der deutschen Gewerkschaftsorganisation nicht mehr gering. Sie stellen Mahnung sein an die Jugend, die Vorkämpfer der Arbeit nicht als etwas Selbstverständliches hinzunehmen, sondern ihr reichlich Teil mitzubekommen, anzupacken und anzuschließen das Best der Organisation, das erstanden ist in unermüdlichen Kämpfen und unter nicht geringen Opfern.

S. de Kort

Das Opfer der Warmthebe

Im Nr. 35 der Gewerkschafts-Zeitung, dem Blatt des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, nimmt der Bundesvorsitzende Leipart in einem Aufsatz zur Warmthebe zu dem Zustand des Beschäftigten gegenüber Genossen Gustav Bauer Stellung, das bekanntlich von Parteiführern bestritten hat. Beide Schicksalsträger haben es aber alle Anstrengungen nötig freigesprochen und deshalb nicht nur den Beschäftigten, sondern auch eine Rüge gegen B. abgelehnt. Leipart weist auf die herabsetzende Stellung hin, die Bauer in der Gewerkschaftsbewegung eingenommen hat und spricht aus Schärfe seines Urteils:

Obwohl die internationalen Geher gegen Bauer hart bezifferte Detektiv und mit Hilfe der nationalistischen Beamten in der Arbeiterbewegung gabelten und besonders seiner ausführenden Tätigkeit nachgespürt haben, ist B. keinesfalls aus der Unterjochung herausgelassen. So verstanden diese Taten auch werden mag, können sie doch den fälschlichen Wunsch nicht aus der Welt, des Bauer in der langen Zeit vom Beginn der Gehe bis zu seiner endlichen Rehabilitierung erlösen mußte. Unter dem Namen der Gewerkschafts-Zeitung sind viele Hunderte aller Gewerkschaften und Parteimitglieder, die auch in großer Zahl für die Arbeiterbewegung hingestrichen haben. Stelle ein jeder von ihnen sich einmal vor, daß solche Opfer dem Schicksal aus der Vergangenheit der politischen Gegner sich plötzlich über ihn ergießen und unter dem Eindruck einer solchen jämmerlichen Gehe auf

die eigenen Genossen den Glauben an seine Ehrlichkeit und Treue aufgeben und ihn wie einen Verbrecher meiden würden. Für jeden einzelnen muß der Gedanke an diese Möglichkeit entsetzlich sein.

Es ist gewiß nicht leicht für einen leidenschaftlichen Menschen — die wir alle sind, wenn es sich um die Ehre unserer Partei handelt —, in so wildbewegter Zeit, wie während der Warmthebe, die ruhige Bestimmung zu bewahren. Aber die erste Lehre, die wir aus dem Falle Bauer zu ziehen haben, muß doch sein, daß der Glaube an den eigenen Genossen, zumal wenn dieser in jahrzehntelanger aufopfernder Tätigkeit sich aufs beste bewährt hat, durch böswillige Verleumdung politischer Gegner nicht so leicht erschüttert werden darf, als es in diesem Falle geschehen ist. Die Verletzung der menschlichen Seele, die mit solchem Unrecht verübt wird, kann mit keiner nachträglichen, wenn auch noch so glänzenden Ehrentretung wieder geheilt werden.

Zweihunderttausend Arbeiter im Montantruff

Der Generaldirektor der Vereinigten Stahlwerke, Dr. Böglar, gibt in der Zeitschrift „Weltpolitik und Weltwirtschaft“ die Zahl der im Montantruff beschäftigten Arbeiter mit 180 000, die der Angestellten mit 17 000 an. Der Montantruff verfiel über 52 000 Werkwohnungen, in denen der größte Teil der Arbeitnehmer untergebracht werden kann, eine Tatsache, die die Machtstellung des Truffs gegenüber den Arbeitnehmern erheblich zu stärken vermag. Dr. Böglar gibt ausführliche Angaben über die Leistungsfähigkeit und die Produktionsänderungen im Montantruff, dessen Werksanlagen er auf 2½ Milliarden Mark schätzt. Der Kohlenbesitz des Truffs beträgt fünf Milliarden Tonnen; die Förderung von 151 Schachtanlagen beläuft sich gegenwärtig auf 24 Millionen Tonnen bei einer Leistungsfähigkeit von 37 Millionen. Somit verfügt der Truff über 1/3 der Ruhrkohlenförderung. Die Leistungsfähigkeit der Hochofenanlagen ist jährlich 9 Millionen Tonnen Kohlen, die durchschnittliche Tagesleistung 800 Tonnen. Der weitaus größte Teil des Kohlenes wird in den eigenen Stahl- und Walzwerksanlagen, deren Leistungsfähigkeit 7 Millionen Tonnen Stahl beträgt, weiter verarbeitet. Die durch den Zusammenschluß der früheren Konzerne herbeiführende Rationalisierung der Produktion besteht einmal darin, daß in Zukunft die verschiedenen Stahlprodukte an einer oder zwei Stellen statt an sieben bis zehn Stellen hergestellt werden, des weiteren, daß nur die Werke, die an der großen Abnahmestelle liegen, für die Ausfuhr arbeiten werden, während die weiter östlich gelegenen Werke den Inlandmarkt zu versorgen haben. Dr. Böglar beurteilt die Aussichten des Montantruffs für die Zukunft als sehr günstig.

Änderung des Schwerbeschädigtengesetzes

Die Beschörde gegen die Entschädigung der Hauptfürsorgestelle, welche die Kündigung eines Schwerbeschädigten betraf, war bisher an eine bestimmte Frist nicht gebunden. Nach Artikel 1, Ziffer 2 des Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Beschäftigung schwerbeschädigter Personen vom 8. Juli 1925 wird in Ergänzung des § 21 des Schwerbeschädigtengesetzes nunmehr bestimmt, daß die Beschörde an den Beschäftigungsstellen der Hauptfürsorgestelle nur innerhalb einer Woche seit der Zustellung der Entscheidung der Hauptfürsorgestelle erheben werden kann.

Diese Bestimmung, die am 1. August d. J. in Kraft getreten ist, gilt, wie aus der Reichsband der Kriegsbeschädigten“ mitteilt, auch für die Kündigung der bei Behörden beschäftigten Schwerbeschädigten. Der Reichsminister der Finanzen, der im Reichsbeschlussblatt 1926 Nr. 19 darauf besonders hinweist, stellt ausdrücklich fest, daß die Bestimmung des bisherigen Absatzes 2, nunmehr 3, des § 21 des Gesetzes über die Beschäftigung Schwerbeschädigter durch die neue Bestimmung nicht berührt wird.

Krauthinterliches

Der Deutsche Landarbeiter-Verband verbreitet folgende dem „Druckerschen Landboten“ entnommene Nachricht, die ein bezeichnendes Bild von ostelbischen Zuständen gibt:

Die Tochter des Kollegen Sch. zu L. leidet an Knochenbruch, zu dessen Heilung Krankenhausbehandlung erforderlich ist. Da nun die Krankenpflege landtagsmäßig nicht mehr zur Zahlung der Krankkosten verpflichtet ist, der Vater aber nicht zahlen kann, fordert das Krankenhaus Zahlung der Kosten von der Gemeinde. Was tut nun der Gemeindevorsteher, Herr Bauer? Er geht zu Sch. und fordert ihn zur Zahlung auf und droht mit dem zwangsweisen Verkauf der Kuh des Sch., um auf diese Weise Zahlung zu erzwingen. Als auch das nichts hilft, kauft er: „Wenn Sie für Ihr eigenes Kind nicht zahlen wollen, dann nehmen Sie eine Art und schlagen Sie es tot, die Gemeinde hat kein Geld dafür.“

In dieser Schilderung kann wiederum ersehen werden, welcher Behandlung arme Arbeitende heute noch auf dem Lande ausgesetzt sind. Der Mensch wird für ein Nichts gehalten. Er kommt noch hinter das Tier, von dem heißt, daß es für alle Pflege und guter Aufzucht empfänglich ist. Das empfindliche bei dem vorliegenden Falle ist, daß es sich um Inperrungen eines Gemeindevorstehers, also einer Amtsperson handelt.

Wir fragen: Gibt es in Deutschland wirklich keine Regierungsstelle, die hier eingreift und dafür sorgt, daß die himmelschreienden Zustände auf dem Lande endlich beseitigt werden?

Paul Geisel 2 Jahre Verbandsvorsitzer. Jüngst waren 2 Jahre vergangen, seitdem Paul Geisel das Amt des Vorsitzenden des Zentralverbandes der Fleischer und Berufsgenossen Deutschlands übernommen hatte. Geisel ist den am Rumpfen, Verfolgungen und Entschörungen reichem Weg der alten Pioniere der Gewerkschaftsbewegung gegangen. In den ersten Jahren nach der Gründung des Zentralverbandes hat er trotz der damals überlangen Arbeitszeit und der geschäftigen Angelegenheiten der Zeitschrift jede freie Stunde geopfert, um für den Gehalt der freigeberlichen Organisation in der Reihen der Fleischergelegen zu werben. Als er dann Anfang 1902 zum Vorsitzenden wurde, wählte ihn der Opern tugende 1. Verbandskongress aus zahlreichen Kandidaten. Dazu es trotz aller Hemmnisse und Hindernisse gelungen ist, die Bewegung der Arbeiter im Fleischer- und Metzgerhandwerk zu treiben und ihnen eine gut ausgebaute und geordnete Organisation zu schaffen, so ist das nicht zuletzt das Verdienst Geisels. Indem wir ihn unter Anerkennung zu seinem Jubiläum danken, hoffen wir zugleich, daß es ihm noch recht lange vergönnt sein möge, keinen Stützpunkt anzupflanzen.